05.000280 (05/154)

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Mario Imhof): Einseitige, manipulierte Abstimmungspropaganda vor einer Volksabstimmung auf Kosten der Steuerzahler mit der Ausstellung „Eine saubere Sache – Bern auf dem Weg zur modernen Abfallentsorgung“

Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün von Frau Gemeinderätin Rytz und die ihr unterstellte städtische Abfallentsorgung eröffneten am 8. August 2005 im Kornhausforum die Ausstellung zum erwähnten Thema. Diese soll auch umgehend in den Quartieren gezeigt werden. Ferner werden in der ganzen Stadt Plakatträger aufgestellt, wie es in der Regel nur für Wahlkämpfe üblich und bewilligt ist. Die Ausstellung wird somit noch schnell vor dem nahenden Abstimmungstermin vom 25. September der Bevölkerung aufs Auge gedrückt.
Der Inhalt der sogenannten „Ausstellung“, die eigentlich nur aus Plakaten mit geschriebenen Thesen besteht, und deshalb den Namen „Ausstellung“ nicht verdient, gaukelt der Bevölkerung eine heile, einseitige Welt in der Abfallentsorgung vor. Dies mit seit Jahren bekannten Inhalten, die die daraus entstehenden Problematiken jedoch bewusst ausblendet (z.B. Die neue Berechnung der Abfallgrundgebühren, die grosse Wohnungen grundlos übermässig belasten oder die aus dem Konzept resultierende Konkurrenzierung von privaten Recyclingfirmen durch die Stadt mittels Steuergeldern, was zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft führt).
Neue oder gar innovative Ansätze bei der Abfallentsorgung, was ja – wenn schon – der Sinn der Ausstellung sein müsste, sind demgegenüber keine erkennbar.
Wenn es dem Gemeinderat wirklich um „die Information der Bevölkerung über ein neues Konzept“ ginge, so müsste er zwingend warten, bis die Volksabstimmung vorbei ist und feststeht, dass dieses Konzept auch wirklich in die Tat umgesetzt werden kann. Sollte die Vorlage nämlich vom Volk abgelehnt werden – und davor hat der Gemeinderat ganz offensichtlich und zurecht Angst – so ist die ganze teure Ausstellung sinnlos und die Bevölkerung wurde über etwas Nicht-Existierendes „informiert“. Daraus ergibt sich klar, dass die angebliche „Information“ zuallererst Abstimmungspropaganda auf Kosten der Steuerzahler ist.
Bei jedem neuen Konzept entstehen zudem auch negative Aspekte, die aber hier bewusst nicht kommuniziert werden, so dass sich die Bevölkerung kein echtes umfassendes Bild machen kann. Diese aktive, initiierte Abstimmungspropaganda auf Kosten der Bevölkerung durch die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün vor einer Volksabstimmung ist politisch nicht vertretbar.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Gemeinderat auch unserer Ansicht, dass eine solche Ausstellung zu diesem Zeitpunkt einen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hat? Wenn Nein, warum nicht?
2. Ist der Gemeinderat deshalb bereit, die „Ausstellung“ bis nach der Volksabstimmung vom 25. September zu sistieren?
3. Wie hoch sind die Vollkosten der Ausstellung und welchem Budget werden diese belastet?

Sollte Frage 2 „negativ“ beantwortet werden, bitten wir um Beantwortung der Anschlussfragen:

4. Ist der Gemeinderat bereit, die Ausstellungsinhalte mit den kritischen Aspekten zu ergänzen, so dass sich die Bevölkerung ein umfassendes Bild, mit allen Aspekten machen kann?
5. Ist der Gemeinderat bereit, demokratisch korrekt auch die Meinung der Ratsminderheit zu respektieren und in die Ausstellung einfliessen zu lassen? (Volksvorschlag, Referendum)
6. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass diese Aktion eine (Abstimmungs)Beschwerde nach sich ziehen kann?

Begründung der Dringlichkeit:
Die Abstimmung findet am 25. September 2005 statt, nachher macht die Diskussion keinen Sinn mehr.

Bern, 18. August 2005

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Mario Imhof), Sandra Wyss, Christoph Müller, Markus Blatter, Heinz Rub, Thomas Balmer, Stephan Hügli-Schaad, Ueli Haudenschild, Hans Peter Aeberhard, Dana Dolores, Karin Feuz-Ramseyer

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.